

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. November 1920

Anzeigenpreis: Bereits-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 132

Gewerblicher Rundblick

Sei lewef noch! Der Arbeitgeberverband für das deutsche Buchdruckgewerbe. Aber er leidet an verdrücklicher Altersschwäche und ist auf der Suche nach einem Unterhaltungs bei den ganz Großen der organisierten „Serren im Saule“. In einem uns gleich duheweise zugestalteten Flug- und Werbeblatt wandle sich der Zentralrat dieses rechtssozialwissenschaftlichen Unternehmens (unterzeichnet von M. Eichenhagen [Stolz], P., D. Meusel [Neuruppin] und der H. Reismann-Grohe [Hien]) kurz vor der diesmaligen Tarifberatung an die deutschen Buchdruckerbeitnehmer, um sie zur Umkehr von ihren bisherigen Irrwegen auf organisatorischem Gebiete zu beschwören. Neun Zehntel dieser Weiserbeschwörung sind jedoch als alle abgefallene Ladeuhler zu bewerten und das letzte Heftel liegt sozulagen in der Luft und füllt die Atmosphäre um jeden reaktionären Schließel der Gegenwart aus. In den Bestrebungen der Gesellschafft auf ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht in Preisstariffragen erkennen diese Herren eine „starke Sozialisierung“. Dagegen wäre es nach ihrer Ansicht besser gewesen, dem „ungeheuren Vermögen des Verbandes irgendwelches Gleichwertiges“ gegenüberzustellen; denn es ist klar, daß „das Vermögen des Verbandes in erster Linie durchaus sozialen Angriffen dienen soll“. Arm und verlassen wie eine Kirchenmaus orakelt dann das Trifolium Eichenhagen-Meusel und Reismann-Grohe weiter: „Am so mehr wäre es dringend notwendig gewesen, Salt und Kraft zu suchen durch engsten Anschluß an die andern Industrien und Gewerbe. Nachdem die Hamburger und Berliner großen Arbeitgeberverbände sich verschmolzen haben, umfaßt nunmehr die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ nahezu sämtliche Arbeitgeber (außer den landwirtschaftlichen), sie vertritt eine ungeheure Anzahl von Angestellten und Mitarbeitern und repräsentiert in ihren Werken vielleicht die Hälfte des deutschen Reichsvermögens überhaupt. Nur durch Anschluß an diese gewaltige Vereinigung kann unter verhältnismäßig kleinen Gewerbe sich behaupten, wenn es einmal in große Bedrängnis gerät. Statt dessen hat sich der Prinzipalsverein gesittlich dieser Vereinigung aller Industrien ferngehalten und nur einen losen Anschluß gefunden an eine ziemlich belanglose lokale Organisation von Arbeitgebern, so daß es den Anschein erweckt, als wenn in unserm Berufe alleinig sind, welche die Rettung des Gewerbes im Ernstfall überhaupt gar nicht wollen.“ Wie man daraus erleben kann, selbst es den Herren an Vertrauen zu sich selbst. Es geht ihnen akkurat so wie den Linksreaktionären. Sie schielen nach der Hilfe und Gnade fremder Organisationen. Sie rücken ihre Blicke nicht mehr nach Leipzig, sondern nach Hamburg, altwo bekanntlich die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ ihre Waffenschmiede sowohl zur Bekämpfung der organisierten Arbeiterkraft wie auch zur Diktatur der großen über die kleinen Unternehmer hat. Dann kommt der Clou dieses Volschreies in einer Fanfare gegen das „Rätegesetz“. Dieses ist Arm in Arm mit allen übrigen Unternehmerverbänden als „Sozialisierung“, die die Beseitigung aller Disziplin, die Auflösung der Industrien und den allgemeinen Ruin bedeute, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Denn nach ihren Informationen sei zu befürchten, „daß, wie bisher, es Führer der Buchdruckerien gibt, die um augenblickliche Konzessionen, z. B. hinsichtlich der Lohnhöhe, zu erreichen, Rechte preisgeben, welche für die Aufrechterhaltung des Betriebs und die Rentabilität viel wichtiger sind“. Es sei daher schroff jede Verbindung von Tarif und Rätegesetz abzulehnen. Zu diesem Zweck sollte durch die Errichtung eines starken Arbeitgeberverbandes dem Buchdruckgewerbe ein festes Rückgrat gegeben werden. Damit aber zuguterletzt die Logik dieses Aufrufs zum Anschluß an den Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe doch nicht allzu erschütternd wirkt, erklären sich die schon genannten Unterzeichner bereit, sich mit jeder andern Organisation, die im selben Sinne tätig sein will, zu verbinden oder zu verschmelzen. Wogu wir den Herren die besten Empfehlungen mit auf den Weg geben möchten. Denn sie werden in jeder andern Organisation jedenfalls noch viel weniger zu logen haben, als in ihrer eignen, und damit sowohl dem Gewerbe wie dem Lande weit weniger schaden als bisher.

wohl aber dennoch eine nach Landesgruppen zusammengelebte Nebenorganisation dar, die alle tariflichen Angelegenheiten, welche die Redakteure, die kaufmännischen Angestellten und die Zeitungsträgerinnen betreffen, zu regeln hat. Dessen Leitung tritt mit den Organisationen, wie Reichsverband der Presse, den verschiedenen Organisationen der Angestellten und dem Transportarbeiterverband in Verbindung, wenn es den örtlichen Zusammenschlüssen oder den Landesgruppen des „Arge“ nicht gelungen ist, mit den betreffenden Ortsgruppen der Angestellten oder Arbeitern zu einer Einigung zu kommen. Der „Arge“ hat außerdem die Aufgabe, alle Fragen des Arbeitsrechts zu bearbeiten, die Rechtsprechung zu sammeln und ihre einheitliche Auslegung und Durchführung für das Zeitungsgewerbe zu sichern und herbeizuführen. Dagegen werden alle Angelegenheiten, die die Seher, Drucker und Hilfsarbeiter der technischen Abteilungen eines Zeitungsbetriebs betreffen, durch den Deutschen Buchdruckerverein erledigt.

Im ein einheitliches Vorgehen und eine geschlossene Front der Buchdruckerbeitnehmer und Zeitungsverleger zu zielen, wurde vor einigen Wochen die frühere sogenannte Abwehrorganisation der deutschen Zeitungsverleger (Vorsitzender Rudolf Wille) zu einer Schutzhgemeinschaft der tarifstreuen Buchdruckerien und der Zeitungsverleger umgewandelt. Buchdruckerbeitnehmer und Zeitungsverleger haben in dieser Schutzhgemeinschaft gleiche Rechte und Pflichten. Sie soll nach ihren Satzungen in Tätigkeit treten, wenn es sich darum handelt, „unberechtigten Forderungen“ der technischen und Verlagsangehörigen zurückzuweisen, wenn beide gemeinsam vorgehen sollten. Beim letzten Streik der Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe trat diese Schutzhgemeinschaft zum erstenmal in Tätigkeit und erzielte dabei die unsern Lesern bekannten „Vorbeeren“.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch noch den vom Schiedsgerichte des Reichsarbeitsministeriums über die Frage, ob den in Berliner Zeitungsstreik (Mitte Oktober) entlassenen Arbeitern der Lohn voll zu zahlen sei, nachträglich gefällten Schiedsspruch im Wortlaut abdrucken. Er lautet:

In einem Streit liege in der tatsächlichen Verweigerung der indirekten Streikarbeit eine Arbeitsverweigerung, die zu tariflicher Entlassung berechtige. Die bloße Erklärung aber, daß ein Arbeiter indirekte Streikarbeit nicht leisten werde, berechtige zu einer Entlassung nicht. In dem vorliegenden Falle werden die Arbeitgeber trotzdem zur vollen Bezahlung der Streiklöhne verpflichtet, weil sie den vom Buchdruckerarif vorgeschlagenen Schiedsweg nicht voll erschöpft hatten, als sie Entlassungen vornahmen.

Wir müssen gestehen, daß, so selbstverständlich wir auch dem materiellen Teil dieses Schiedspruchs halten, der prinzipielle Teil uns recht schleierhaft erscheint. Daß die tatsächliche Verweigerung indirekter Streikarbeit im Fall eines Streiks eine Arbeitsverweigerung darstellt, die zu tariflicher Entlassung berechtige, kann durch diesen Schiedsspruch wohl diktiert aber für die Arbeiterkraft nicht zur Überzeugung gestempelt werden. Wir haben unsere Ansicht über den Begriff indirekter Streikarbeit in Nr. 122 des „Korr.“ in ausführlicher Weise dargelegt. Der Schiedsspruch deckt sich damit nicht, weil er sich anscheinend lediglich auf juristische und nicht auf moralische Gründe stützt. Eine ausführliche Begründung ist uns für diesen Schiedsspruch noch nicht zu Gesicht gekommen; weshalb wir auch nicht nachprüfen können, inwieweit seine Begründung die in solchen Fällen ausschlaggebenden psychologischen Erlebnisse unterstützt. Wir sind ferner der Ansicht, daß der zweite Satz des Schiedspruchs, der einen wesentlichen Unterschied zwischen „Erklärung“ und Handlung macht, nicht berücksichtigt, daß ein Willensausdruck je nachdem wirksamer sein kann als eine Handlung. Die Entschuldig trägt daher den Charakter eines salomonischen Urteils und wirkt mehr veröhnend als überzeugend.

Die schon in Nr. 123 an dieser Stelle beleuchtete Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger am 20. Oktober in Hannover verdient bezüglich ihrer damals noch nicht bekannten wesentlichen Verhandlungsergebnisse noch einer kurzen Nachlese. Beachtenswert ist dabei zunächst, daß bezüglich der öffentlichen Berichterstattung über diese Tagung auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen wurde, keinen andern Bericht als den vom Vorstand herausgegebenen zu veröffentlichen. Für eine Korporation, die den Schatz der öffentlichen Meinungs-

freiheit auf ihre Fahne geschrieben haben will, jedenfalls eine sehr bedenkliche Zählung. Diese tritt um so markanter in Erscheinung, wenn man diesen Beschlüsse gegenüberstellt, daß die gleiche Tagung bezüglich der von der Fremdherrschaft in den besetzten deutschen Gebieten der Presse ständig auferlegten Beschränkungen eine Entschließung labte, in der es heißt: „Wir stellen vor aller Welt fest, daß das unveräußerliche Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht, sich reslos für das Deutschland in deutschen Landen einzulehnen, unsern Mitgliedern im besetzten Gebiete geschmälert, wenn nicht genommen ist. Wir fordern die verantwortlichen Stellen auf, in entscheidender Weise gegen die Beschränkung Einspruch zu erheben...“ Das hört sich ganz gut und mutig an, aber es sollte damit die Praxis im eignen Bereiche doch nicht so im Widerspruch stehen, wie sie hier bezüglich der Berichterstattung über diese Tagung zum Ausdruck kam. Auch sonst können die in Hannover veranmielt gewesenen Zeitungsverleger hinsichtlich der Meinungsfreiheit sehr engbegrenzten Anschauungen gebührend zu haben. Denn als bei der Vorstandswahl der Vertreter des Verlags der „Magdeburgerischen Zeitung“, Direktor Wille, Einspruch gegen die Wiederwahl Dr. Fabers erheben wollte, wurde die Zulassung des Einspruchs „unter lebhaftem, andauerndem Beifall der Versammlung“ abgelehnt. Als darauf der genannte Direktor beantragte, seinen Einspruch begründen zu dürfen, wurde auch dieser Antrag ohne jede Zustimmung abgelehnt. Der vom Vorstand herausgegebene Bericht stellt hierbei sogar wörtlich folgendes fest: „Die Anruhe der Versammlung hielt sich dabei zu behaltigen Zwischenrufen und drastischen Bemerkungen über den Antragsteller.“

Die Festlegung der Mitgliedsbeiträge führte zu dem Beschlusse, für das laufende Jahr den zehnfachen Beitrag des bisherigen Beitrags nachzugeben, nachdem schon früher der fünfmalwanzigfache Beitrag erhoben wurde. Wie hoch dadurch die Belastung der Mitglieder in Wirklichkeit wird, ist aus dem Berichte nicht ersichtlich. Diese Frage zählt jedenfalls zu den „Geschäftsgeheimnissen“, vor denen die Öffentlichkeit nichts erfahren soll. Erwähnenswert ist noch, daß der „Zeitungsverleger“, das amtliche Vereinsorgan, mit einer jedenfalls sehr erheblichen Unterbilanz abschließt. Die Redaktion erklärt dieses Defizit jedoch als rein „bilanztechnisch“. Denn es seien die an die Mitglieder abgegebenen 1100 Exemplare im Einzelbetrage von je 36 Mk. (39600 Mk.) sowie 40 Seiten Anzeigen zu je 1500 Mk. (60000 Mk.) also zusammen rund 100000 Mk. nicht in Rechnung gestellt.

Zu den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe wurde auf dieser Tagung durch den Vorsitzenden Dr. Faber referiert und in dem Vorstandsberichte des „Zeitungsverlags“ folgendes veröffentlicht:

Wie er schon eingangs der Verhandlungen angedeutet habe, sei in einer eine Woche dauernden Tarifberatung mit den Vertretern des VZV, in Leipzig ein Entwurf zur Berichtigung der besonderen Interessen der Zeitungsdrucker hergestellt worden. Mehr liege sich bei dem aktuellen Stande der Dinge in einer öffentlichen Verammlung nicht sagen. Aber die Orientierung der einschlagenden Politik brauche auch kaum von Vertretern des Gewerbes geteilt zu werden, denen die prinzipiellen Anträge der Geschäftsleitung bekannt seien. Mir sei es auch, daß die Tarifverhandlungen, an denen er mit Herrn Dr. Sunkel für den VZV teilnehmen werde, schwer und anstrengend sein würden. Er habe sich mit Herrn Dr. Sunkel dazu entschlossen, den Verein zu vertreten, da sie beide bereits aus den Vorverhandlungen in Leipzig beigezogen hätten. Das sei gewissermaßen ein Vorzeichen und er bitte deshalb um Bestätigung. Gleichzeitig bitte er zwei Stellvertreter für die Vertretung im Parlauskollegium zu ernennen, und zwar Herren, die in größter Nähe von Berlin wohnen und im Bedarfsfall schnell zur Stelle sein könnten. Als Stellvertreter vorgeschlagen werden Herr Dr. Sunkel und Herr Zrowitzsch. Die Versammlung erklärt sich mit dieser Behandlung der Angelegenheit und der Wahl der vier Herren einverstanden.

Herr Dr. Sunkel, der Vorsitzende des VZV, gibt seiner besonderen Billigung dieser Behandlung der Angelegenheit Ausdruck und möchte als besonders erfreuliche Erscheinung das Gefühl der absoluten Solidarität feststellen, das beide Organisationen auch in den schwierigen Tariffragen verbinde. Die Versammlung könne davon überzeugt sein, daß der VZV, betreift die gemeinsamen Interessen des gesamten Buchdruckgewerbes, zu vertreten und daß er in dieser Beziehung mit dem VZV, in Übereinstimmung mit einem Entzweigen stehen werde.

Zu der Frage der Papierbewirtschaftung wurde eine Entschließung angenommen, in der deren baldige Aufhebung zwar gemünkt, jedoch der Zeitpunkt dafür gegenwärtig noch nicht als gegeben beurteilt wird, weil die inner- und außerpolitische Lage noch zu wenig klärt sei. Die Fortsetzung der Papierbewirtschaftung für die Wintermonate sei noch geboten, sollte aber nicht durch die Erzeugerverbände, sondern durch eine neutrale Stelle (Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe) erfolgen. Diese Stellungnahme der Zeitungsverleger gegen die sogenannten Erzeugerverbände ist in mehr als einer

Der „Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe“, der „Arge“, stellt im Rahmen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zwar keine besondere Sparte,

Sinnlich sehr beachtenswert. In erster Linie entspringt sie dem durchaus berechtigten Gefühl, daß durch die heutige Monopolstellung der Papierfabrikanten eine unerhörte Überverteilung der Papierverbraucher stattfindet. Diese Auflassung liegt jedoch ganz allgemein auch der Forderung der Sozialisierung des gesamten Produktionsprozesses zugrunde. Denn diese Forderung beruht in erster Linie auf der Erkenntnis, daß die bisherige einseitige Herrschaft aller privatkapitalistischen Erzeugerverbände, und damit auch die des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, befristet werden muß, wenn sowohl die Verbraucher wie die Erzeuger der Bedarfsartikel des täglichen Lebens in Zukunft vor privatkapitalistischer Ausbeutung geschützt werden sollen und die Mehrwerte der menschlichen Arbeitskraft nicht mehr in der Hand der Unternehmer oder Kapitalisten zugute kommen sollen. Zwar werden die Zeitungsverleger solche Konsequenzen aus ihren eigenen Beschlüssen nicht ziehen wollen, was aber uns nicht davon abhalten kann, ihren vorliegenden Beschluß bezüglich der Notwendigkeit einer Beteiligung der bisherigen Autokratie in der Papierbewirtschaftung trotzdem als sehr vernünftig zu bezeichnen. Aber wir leben außerdem auf dem Standpunkt, daß das, was für die Papierindustriellen nur sein soll, auch dem Zeitungsverleger ebensoviele schaden kann. Übrigens möchten wir bei dieser Gelegenheit noch darauf aufmerksam machen, daß in dem Bestreben des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, seine Mitglieder mehr und mehr von der privatkapitalistischen Profitsucht der Papier-, Farben- und schließlich auch der Maschinenindustrie durch eine Wirtschaftsgemeinschaft mit eigenen Papier-, Farben-, Maschinenfabriken usw. unabhängig zu machen, ebenfalls nichts anderes zum Ausdruck kommt, als privatkapitalistische Erbsitten oder Profitegier in anderen Industrietellen mehr und mehr auszuschalten. Wir begrüßen diese Einsicht und Entwicklung. Sie liegt in der Richtung der von der Gewerkschaft zu den diesmaligen Tarifberatungen beantragten Errichtung eines Wirtschaftsrates, dessen Aufgabe es sein sollte, die Einkaufs-, Produktions- und Verkaufsbedingungen des Buchdruckgewerbes auf eine rationellere Grundlage im Interesse des Gewerbes und der gesamten Volkswirtschaft zu stellen. Es ist also das Bestreben des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wie auch des Deutschen Buchdruckervereins, diese Frage in der angebotenen Richtung zu lösen, für die davon betroffenen Unternehmerkreise in der Papier-, Farben-, Maschinenindustrie usw. im Grunde genommen nichts anderes als eine „Unterbindung der bisherigen Freiheit des Unternehmertums“, wie dies vom Verein Deutscher Zeitungsverleger wie allen andern Unternehmerorganisationen gegenüber den neuzeitlichen Sozialisierungsforderungen der Gewerkschaft tagtäglich zum Vorwurf gemacht wird. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger bleib hier einen Anschauungsunterricht aus seiner eignen Praxis, den die Gewerkschaft mit größtem Interesse verfolgen kann, weil durch ihn die Berechtigung ihrer eignen diesbezüglichen Forderungen und Bestrebungen, befristet wird.

Politische Bezirksversammlungen?

Bezugnehmend auf die Erwiderung des Kollegen Schmidt in Nr. 121 des „Korr.“ auf meine Ausführungen Nr. 112 möchte ich noch folgendes bemerken:

Ohne unsre Führer in Schutz zu nehmen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß überall dort, wo die alten verpönten „Gewerkschaftsböden“ abgelöst und durch radikale Elemente ersetzt worden sind, diese Herrschaften bisher auch noch keine Vorbeeren ernten konnten. (Siehe Solgarbeiterverband und Metallarbeiterverband.) Im Gegenteil sind die Zustände im Solgarbeiterverband ziemlich zerstückelt, und selbst die radikalen Führer im Metallarbeiterverband mühen sich damals keinen andern Rat, als den verhassten Weg der Verhandlungen zu geben, nur mit dem Unterschiede, daß man dem Kind einen andern Namen gab. Des weiteren hat ja auch die „Korr.“-Redaktion ihre Meinung dazu geäußert, die sich Kollege Schmidt zu Herzen nehmen sollte, ohne sie jedoch von der heiteren Seite aufzulassen.

Wenn Kollege Schmidt sagt, daß auch bei Gewerkschaftsversammlungen „hin und wieder“ ein politisches „Moment“ in die Debatte geworfen werden muß, so ist das ja wohl unvermeidlich und ich habe auch nichts dagegen. Wenn aber solche „Momente“ in politische Dauerreden ausarten, die wiederum erregte politische Auseinandersetzungen hervorruhen, wozu alle möglichen Artikel des „Vorwärts“, der „Freiheit“ und der „Koten Fahne“ herhalten müssen, so wird einem dieses ewige Geleire zum — Koffen! Ganz abgesehen davon, daß dadurch die Zeit unnütz verplempert wird, wird auch die sachliche Behandlung der Tagesordnung verhindert. Alle Kollegen, die auf dem Boden der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehen, haben daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß derartige politische „Aufklärungen“ und Moralpredigten, die ja Kollege Schmidt im letzten Absätze seiner Erwiderung selbst gibt, deren wir aber nicht bedürfen und dankend ablehnen müssen, im Interesse untrug Verbandes für die Zukunft unterbleiben. Und gerade jetzt ist wohl die Situation ernst genug, daß wir alle Ursache haben, uns mit Wichtigen an beschäftigen, als uns mit politischen Meinungsverschiedenheiten die Köpfe zu verhexen und die Zeit mit radikalen Proben zu vergeuden, denn was gelungen wird ist ja schließlich doch immer wieder nur dasselbe Lied.

Wenn die Opposition die besternde Stand anlegen will, wie Kollege Schmidt sagt, so möge sie es tun durch praktische Mitarbeit. Die Versammlungen verleihe man aber gefälligst mit diesen fortwährenden „revolutionären“ Axteneien und Stänkerereien, damit wird vielen Kollegen der Versammlungsbesuch verkehrt. Oder sollte das vielleicht

gerade der Zweck sein? Beinahe möchte man es annehmen.

Im übrigen möchte ich nur wünschen, daß mein Rat schon an die Versammlungsleiter in allen Berliner Bezirksversammlungen die nötige Beachtung finden möge, damit derartige politische Geränge, wie sie die Opposition in letzter Zeit auszuführen beliebt, überhaupt nicht mehr aufs Tapet kommen können.

Berlin-Neukölln.

Felix Seidel.

Zur Faktorenfrage

Schon einmal war der Deutsche Faktorenbund gezwungen, in der „Graphischen Welt“ durch Bekanntmachung kundzutun, daß eine Hauptausschubstiftung der Vertragsgemeinschaft nicht fagen konnte, weil vorangegangene Tarifberatungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen ergebnislos verlaufen waren. Hiermit wurde offiziell zugegeben, daß die Vertragsgemeinschaft abhängig ist von der Tarifgemeinschaft. Aus diesem Vorkommnisse nun die richtige Schlussfolgerung zu ziehen, war dem Faktorenbunde bei dem Hin- und Herpendeln, an das er sich gewöhnt, nicht möglich. Und ja konnte denn nicht ausbleiben, daß in Nr. 44 der „Graphischen Welt“ der Vorsitzende des Faktorenbundes, Kollege Steinweg, seinen Gelehrten wieder eine ähnliche Mitteilung machen mußte, nur mit dem Unterschiede, daß der diesmalige Reinfall noch größer ist. Die für den 29. Oktober in Aussicht genommene Hauptausschubstiftung konnte nicht stattfinden, weil — die Tarifberatungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen die beteiligten Prinzipale voll in Anspruch nehmen, eige Beteiligung von Faktorenbundsvertretern an den Tarifberatungen wurde seitens der Kreisvertreter aber abgelehnt. Aus diesen Tatsachen werden nun von dem Kollegen Steinweg Folgerungen gezogen, die denn doch nicht so ohne weiteres zutreffen. Sälte die Leistung des Faktorenbundes die reelle Arbeit gebot, an den Tarifberatungen teilzunehmen, so hätte man doch vor allem um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachsuchen müssen. Als Ausgesandte aber in der Tarifgemeinschaft mitzuraten und zu raten, das ist doch wohl zuviel des Guten verlangt. Fingerzeige genug für ihr ferneres Verhalten sind der Leistung des Faktorenbundes gegeben worden, enthalten in der Berichtserfassung von den Gewerkschaftskongressen, von der Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, in zahlreichen Artikeln im „Korr.“ und nicht zuletzt aus ihren eignen Mitgliederkreisen. In allen Berufen, in denen Tarifverträge abgeschlossen werden, gibt es nur zwei Kontrahenten, und zwar auf der einen Seite den Unternehmer, der gibt, und auf der andern Seite den Arbeitnehmer, der empfängt. Ein Mittelglied, als was sich nach den Auslassungen des Kollegen Steinweg die Mitglieder des Faktorenbundes fühlen, gibt es nicht. Selbst die Direktoren der größten „Unternehmungen“, die nicht gleichgültige Aktionäre sind, sind auch nur Arbeitnehmer. Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus gehandelt hätte, dann wäre es nicht schwer gewesen, sich auf die Seite zu stellen, wo man hingehört, und dann hätte man sich heute nicht darüber zu beklagen, daß die Gewerkschaft den Faktorenbund als Störenfried betrachtet. Wert des Erwähnten ist ferner die Feststellung des Kollegen Steinweg, daß auch den Prinzipalsvertretern im Tarifauschusse die beachtliche Mitwirkung des Faktorenbundes ungenügen kam. Markt denn die Leistung gar nicht, daß es nur an ihr liegt, aus diesen Klippen herauszukommen? Geht die Entwicklung auf diesem Wege weiter, dann wird es nicht verwunderlich sein, wenn nach kommenden Tarifberatungen die Prinzipalsvertreter überhaupt keine Zeit mehr haben für die Vertragsgemeinschaft. Mit halben Maßnahmen ist der Faktorenbund nicht gedient. Diese Erkenntnis hat mitgewirkt bei Gründung der Freien Faktorenbundvereinigung. Steter Mitgliederzugang beweist die Folgerichtigkeit unseres Standes, dahin zu wirken, daß der Verband einer starken Faktorenparte die Anerkennung nicht verlagern kann und sich, wenn er die Reaktivität der Absichten erkennt, auch mit den berechtigten Forderungen der Faktoren befreunden wird. Den Faktorenbund aber überlassen wir seiner Hilflosigkeit, die bereits zu Abspaltungen zu führen scheint. Diese Splitter könnten sich eventuell doch noch einmal in der so arg verpönten, nach „links“ gerichteten Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände „Afa“ wiederfinden.

Inser Kollege S. hat ja schon dem Artikelsschreiber r. in Nr. 38 der „Graphischen Welt“ eine gebührende Absicht zuteil werden lassen. Die Ausführungen des Kollegen r. sind bei jeder Rücksichtnahme auf die Kollegen in den Reihen des Faktorenbundes, die tatsächlich ihre Beiträge für eine nach „links“ gerichtete Organisation, den Verband der Deutschen Buchdrucker, abführen. Sie kennzeichnen die im Faktorenbunde vorherrschende Richtung, die nicht dazu angeht, sich, den schon mehrfach angekündigten Reformen den notwendigen Untergrund zu verschaffen. Infolgedessen wird auch die Hoffnung des Kollegen Steinweg, daß es möglich sein wird, alle aufnahmefähigen Faktoren in den Bund hineinzubringen, nach dem fortwährenden Stasio auf gewerkschaftlichem Gebiet eben nur ein frommer Wunsch bleiben. Niemand wird wohl die Frage bei den Verbandsfaktoren sprechlich werden, wie lange es noch angebracht ist, dieser von keiner Angestelltengruppe „abhängigen“, aber auch durch keine größere Gewerkschaftsgruppe gestützten Organisation anzugehören. Wir Mitglieder der Freien Faktorenbundvereinigung, die wir Wert darauf legen, nicht nur zahlende, sondern wirkliche Verbandsmitglieder zu sein, können in Ruhe die Entwicklung der Dinge abwarten. Die Zeit arbeitet für uns und sie schreibt schnell.

Brühl-Kölln.

M. Kl.—

Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1919

Trotz der größten finanziellen und andern Schwierigkeiten ist es den freien Gewerkschaften möglich gewesen, ihre Arbeitersekretariate über die schwere Kriegszeit hinwegzubringen. Mit der Erhaltung dieser leistungsfähigen Einrichtungen ist dem wertvollen Volk ein unschätzbare Dienst erwiesen worden. Nimmehr liegt nach der langen Kriegsdauer wieder eine Überflut über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen der freien Gewerkschaften während eines Friedensjahres vor. Die Zahlen zeigen ein gegen die Vorjahre wesentlich verändertes Bild. Obwohl das Jahr 1919 noch schwer unter den Folgen des Krieges zu leiden hatte, gewinnt man doch durch die Statistik die Überzeugung, daß die Friedensarbeit uns wieder aufwärts führt, sie gibt uns Kunde von einer erhöhten Regsamkeit auf einem der wichtigsten Gebiete der allgemeinen Volkswirtschaft.

Von den nach der Revolution in den Vordergrund gedrängten Sozialisierungsproblemen konnten die Arbeitersekretariate nicht unberührt bleiben. Da sie als gemeinnützige Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt dienen, liegt der Gedanke ihrer Übernahme auf Staat und Gemeinde besonders nahe. Recht ausführlich beschäftigte sich eine in Verbindung mit dem zehnten Gewerkschaftskongress im Juni 1919 in Nürnberg abgehaltene Konferenz der Arbeitersekretäre mit dieser Frage. Die Erörterung fand ihren Niederschlag in einer von der Konferenz angenommenen Entschließung, die „eine Verstaatlichung und Kommunalisierung der Arbeitersekretariate nur dann für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft für förderlich hält, wenn den Sekretariaten ihre jetzt vorhandene Selbstständigkeit in vollem Umfange bewahrt bleibt.“ Man kann diese Voraussetzung nur unterstreichen. Der Wert der Arbeitersekretariate wurzelt in dem Vertrauen des werktätigen Volkes zu ihnen, da sie aus seiner eignen schöpferischen Kraft hervorgegangen sind. Dieses Vertrauen darf den Arbeitersekretariaten nicht verloren gehen, ihre Leiter müssen sich dauernd eines Sinnes fühlen mit dem Denken und Streben der Arbeiterkraft. Viel zu Großes haben die Arbeitersekretariate geleistet, um sie leichten Herzens eines Phantoms zuliebe preisgeben zu können. Inzwischen hat die Verstaatlichung und Kommunalisierung von Arbeitersekretariaten bereits eine praktische Gestalt angenommen. Das Arbeitersekretariat in Dessau ist vom 1. Juli 1919 ab eine Einrichtung der Gemeinde geworden; das Sekretariat in Rudolfsstadt ist in Staatsbesitz übergegangen. An verschiedenen Orten sind staatscherliche Arbeitersekretariate neu eingerichtet worden oder schon bestehende erhalten vom Staat oder Gemeinden erhebliche Zuschüsse. Man wird nun die Weiterentwicklung der Dinge abwarten müssen. Zunächst wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, den Ausbau ihrer Rechtsberatungseinrichtungen weiter auf das Notwendigste zu fördern.

Die Zahl der Arbeitersekretariate betrug am 1. Oktober 1919 135, gegen 129 im Jahre 1918. Von den gesamten Sekretariaten fanden 15 keine Berichte ein, so daß an der Statistik nur 120 beteiligt sind. Von den Sekretariaten wurden 88 direkt von den Ortsauschüssen und 22 von besonderen Ausschusskommissionen verwaltet, die übrigen unterliegen den beteiligten Organisationen. Die Kosten der Sekretariate der Ortsauschüsse werden in 94 Fällen aus den Ortsauschussbeiträgen bestritten, darunter in 17 Fällen durch besondere für das Sekretariat festgelegte Beitragsleistungen, deren Ertrag jedoch den Ortsauschussbeiträgen zugeführt wird. In 13 weiteren Fällen erfolgt die Kostendeckung durch Erhebung besonderer Beiträge, die den Sekretariaten direkt zustehen; es sind das die Sekretariate mit einer eignen von den Ortsauschüssen unabhängigen Kassenführung.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben liegen von 107 Sekretariaten vor. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 1815124 Mk. (1918: 790566 Mk.) und eine Gesamtausgabe von 1573588 Mk. (1918: 763831 Mk.). Die Kosten der Sekretariate haben sich gegen 1918 ganz gewaltig erhöht. Der Höhenanteil von dieser Steigerung entfällt natürlich auf die durch die Zuerung und Geldentwertung gestiegenen Kosten der Verwaltung. Im geringeren Umfange kommt auch in Betracht die Vermehrung der Sekretariate und der Angestellten. Von den Einnahmen kamen 1421615 Mk. aus den Kassen der Ortsauschüsse, 132742 Mk. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 44988 Mk. aus den Kassen der beteiligten Organisationen. Letztere Summe ist jedoch nicht vollständig, da nur von einigen Sekretariaten des Bergarbeiterverbandes Angaben über die Kosten gemacht wurden. Zuschüsse vom Gewerkschaftsbunde wurden an 39 Sekretariate im Gesamtbetrage von 54145 Mk. geleistet. Der erhebliche Teil der Zuschüsse kommt für das erste Halbjahr 1919 in Betracht. Die durch das Anwachsen der Gewerkschaften bewirkte größere Leistungsfähigkeit der örtlichen Vereinigungen der Zweigvereine kam erst im weiteren Verlaufe des Jahres mehr zur Geltung. Von Parteifunktionären erzielten 18 Sekretariate Unterstützung, die nach dem Kassenberichtes zusammen 7200 Mk. ausmachte. 11 weitere Sekretariate bekamen besondere Zuwendungen von Arbeiterunternehmungen und Genossenschaften, die zusammen 41360 Mk. betragen. Aus Staats- und Gemeindefonds wurden 26 Sekretariate Beihilfen im Gesamtbetrage von 72600 Mk. gewährt. Im vorigen Jahre machten diese Unterfütungen nur 15722 Mk. aus, die sich auf 17 Sekretariate verteilten. Die Zahl der mit solchen Zuwendungen bedachten Sekretariate ist demnach um 9 gestiegen, auch sind viel höhere Summen zur Anwendung gelangt als 1918. Von den Ausgaben kommen im einzelnen: auf Gehälter und per-

fönliche Entschädigungen 1 021 708 Mk., auf Unterhaltung der Bureau 144 481 Mk. und auf den Posten Bibliothek, Handbücher, Drucksachen usw. 865 511 Mk. Die sonstigen Ausgaben betragen sich auf 320 888 Mk.

Die Tätigkeit der Sekretariate hat sich im Jahre 1919 gegenüber den Vorjahren ganz erheblich gesteigert. Sowohl die Zahl der Auskunftsuchen wie auch die Zahl der erteilten Auskünfte und die der angefertigten Schriftsätze weisen eine starke Vermehrung auf. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über den Umfang der Tätigkeit der Sekretariate im Jahre 1919 im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorjahre seit 1913.

Jahr	Auskünfte jugend insgesamt	Davon Arbeitnehmer		Erfolgte Auskünfte	Ungefertigte Schriftsätze		
		männlich	weiblich				
1913	683 890	540 316	83,0	110 934	17,0	725 092	185 339
1914	848 475	466 849	76,4	143 845	29,6	692 590	180 361
1915	535 948	277 330	55,4	223 077	44,6	568 967	167 790
1916	526 365	251 420	51,0	241 296	49,0	558 947	177 293
1917	511 763	252 744	51,0	247 381	47,0	544 521	163 517
1918	530 685	278 430	53,8	277 006	48,4	565 558	171 332
1919	654 599	405 219	70,8	167 403	29,2	693 096	189 599

Es nahmen 1919 654 599 Personen die Sekretariate in Anspruch, gegen 530 695 im Vorjahre. Die Zahl des Berichtsjahres übertrifft die aller Kriegsjahre, fehlt jedoch hinter der des Jahres 1913 noch um 29 291 zurück. Von den Auskunftsuchenden waren 572 622 = 87,5 Proz. der Gesamtzahl Arbeitnehmer und 33 214 Personen gehören andern sozialen Schichten an, außerdem wurden die Sekretariate in 3221 Fällen von Behörden und Korporationen in Anspruch genommen. Von den gesamten Auskunftsuchenden wohnten 144 129 nicht am Orte des Sekretariats, sondern kamen von auswärts. Der im Jahre 1919 erfolgte Zustrom zu den Gewerkschaften hat auch die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten, die die Sekretariate in Anspruch nahmen, gegen 1918 erheblich gesteigert. Von allen Auskunftsuchenden des Jahres 1919 waren 451 766 = 70,9 Proz. Mitglieder von Gewerkschaften.

Die Zahl der Auskünfte betrug 693 096, gegen 563 558 im Vorjahre. Es kommen im Durchschnitt auf jedes berichtende Sekretariat 5775 Auskünfte, dagegen 1918 5170. Es ergibt sich demnach eine Vermehrung der Durchschnittszahl um 605, die einen erhöhten Umfang der Tätigkeit bezeugt. Von den gesamten Auskünften im Jahre 1919 wurden 616 750 mündlich und 49 265 schriftlich erteilt.

Die Zahl der 1919 ausgefertigten Schriftsätze betrug 169 599. Es kommen davon auf die Arbeiterversicherung 33 583, auf Arbeits- und Dienstverträge 18 097, auf das bürgerliche Recht 29 128, auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 39 872, auf das Strafrecht 8812 und auf sonstige Sachen 29 935.

Über persönliche Vertretungen vor Ämtern und Gerichten machten 101 Sekretariate Angaben. Es wurden insgesamt 4854 Vertretungen, 539 mehr als im Vorjahre, ausgeübt.

Über den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen vertretenen Rechtsfällen erzielten, machten 80 Sekretariate Angaben. Diesen wurden in 3554 Fällen der Ausgang des Rechtsstreites bekannt. Davon waren 27080 erfolgreich und 8461 blieben erfolglos.

Die Rechtsauskunftsstellen der Ortsausschüsse. Während des Krieges ist eine erhebliche Verminderung der Rechtsauskunftsstellen eingetreten. 1913 waren an der Richterstattung 232 — die Höchstzahl von allen Berichtsjahren — beteiligt. Die Belegsungsziffer wurde dann mit jedem Jahre geringer, sie sank bis auf 107 im Jahre 1918. Nun ist wieder eine Vermehrung der Zahl der berichtenden Auskunftsstellen eingetreten. Es fanden 154 Ortsverwendungsfähige Berichtsjahre ein, davon machten 146 vollständige Angaben über ihre Tätigkeit. Diese erteilten insgesamt 57 852 Auskünfte. Schriftsätze wurden von 116 Auskunftsstellen insgesamt 18 773 ausgefertigt. Vertretungen vor Ämtern, Gerichten und Behörden übten 50 Stellen aus, die Gesamtzahl der Vertretungen beläuft sich auf 433. Wegen des Vorjahrs ist eine Vermehrung der Zahl der Auskünfte um 20 597 eingetreten. An dieser Vermehrung haben alle Sachgebiete Anteil bis auf das Gebiet der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten. Hier ging die Zahl der Auskünfte von 15 006 im Jahre 1918 auf 10 736 im Berichtsjahre zurück.

Verstaatlichung oder Freiheit der Heilkunde?

Die so sehr gewünschte Verstaatlichung erscheint dem Medizinpolitiker gerade auf dem Gebiete der Heilkunde nicht angebracht. Das heutige elende Krankenkassenwesen würde mit der Verstaatlichung der Ärzte usw. noch weiter um sich greifen. Würde sich das deutsche Volk nicht noch mehr Drohnen züchten? Bedenken wir, daß heute auf 1500 Deutsche ein Arzt oder besser gesagt auf einen Arzt 1500 Deutsche kommen und in absehbarer Zeit sich die Zahl der Ärzte bedeutend vergrößern wird; so daß bald auf einen Arzt 1000 Deutsche entfallen. Die Staatsmediziner würden in ihrer Machtstellung die erfolgreichsten, unschädlichen Volksheilmethoden, wie Naturheilkunde, Homöopathie, Biochemie usw., gänzlich unterdrücken und die verächtlichsten Zwangsimpfungen und Serumprüfungen dem Volk aufzwingen. Wo bleibt da die persönliche Freiheit, das erste Recht des Menschen, nämlich das über seinen eignen Körper? Die ungeheuer große Anhängerzahl der Naturheilmethoden, Homöopathie und Biochemie geht heute trotz der Zugehörigkeit zur Krankenkasse noch nebenbei zu den Heilkunden ihres Vertrauens. Die meisten Medizin, die von Heilärzten verschrieben wird, wandert in die Wasserleitung. Ungeheure Volksvermögen geht dadurch verloren. Die Krankenkasse ist mehr für die Massenbeamten und Ärzte da als für den Kranken.

Es ist kaum glaublich, daß sich das deutsche Volk ein solches menschenunwürdiges System wie die heutige Krankenkasse gefallen läßt. Jedes Klassenmitglied wird wohl den Unterschied zwischen Privat- und Massenbehandlung kennen. Für den hohen Klassenbeitrag kann ich doch eine menschenwürdige Behandlung und die Heilmethode verlangen, die mir zuteil würde, wenn ich nicht Mitglied der Klasse wäre und selbst bezahle, was ich dann wohl könnte. Warum muß ich nebenbei als Anhänger der Naturheilkunde oder Homöopathie usw. und als Gegner der Giftmedizin trotz des hohen Klassenbeitrags den Selbstkudigen meines Vertrauens und die Heilmittel selbst bezahlen? Für notwendigen Zahnerloß muß ich als Klassenmitglied auch selbst sorgen und die Zahl der vom Zahnarzt für notwendig erachteten Zementfüllungen wird vom Vertrauensarzt nach Rentenquerschnitten verringert. Bäder, Massage usw. müssen erst mit diesen Umständen durch die Klassenärzte verschrieben werden, damit der Arzt auch etwas daran verdient, wenn er sie überhaupt verschreibt und nicht lieber Aspirin zu schlucken gibt.

Das heutige Klassenlosten erzieht den Menschen zum Schandrian in gesundheitslichen Dingen. Wenn man krank ist, hat man ja treue Behandlung und kann die Sorge für die Gesundheit dem Arzt überlassen. Anders wäre es, wenn man für Aufklärung über Gesunderhaltung sorgte und den Mitgliedern, die sich gesund erhalten und lange Zeit keine Krankenkasse in Anspruch nehmen, als Belohnung dafür einen entsprechenden Erholungsurlaub gewähren würde. Doch das ist nur ein guter Gedanke.

Ob Verstaatlichung oder nicht, für das erste Sorge man dafür, daß das Klassenmitglied die Behandlung erhält, die es sich selbst wählt, und lasse entweder Naturheilkunde und Homöopathie zur Massenbehandlung zu oder erstalte den Klassenmitgliedern die Kosten für erfolgreiche Kuren zurück zum Wohle des Kranken wie zum Wohle der Gesamtheit.

Berlin-Neukölln. Erwin Pretsch.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

H. Amberg. Am 24. Oktober fanden sich hier die Kollegen von Sulzbach sowie der Ortsverein Amberg ein, um die vom Gau in Regensburg beschlossene Gründung des Bezirksvereins zu vollziehen. Nach einleitenden Worten durch den Vorsitzenden des Ortsvereins Amberg, Kollegen Bräuner, in denen dieser bedauerte, daß von den Kollegen der kleineren Dörfer, wie Schwandorf, Cham, Burggenesfeld usw., trotz Einladung keiner vertreten war, und einem Referat des Kollegen Schindler (Regensburg), das die tarifliche, organisatorische Lage des Buchdruckergewerbes sowie die Beibringungsorganisation behandelte, wurde die Gründung beschlossen. Als Vorsitzender wurde Kollege Winkler (Amberg) und als Kassierer Kollege Thoma (Amberg) gewählt. Der Beitrag zur Bezirkskasse wurde auf wöchentlich 20 Pf. festgesetzt. — Nachmittags vereinigte sich die Kollegen zu einer gemühtlichen Unterhaltung.

Ansbach. In Ausführung des auf dem Regensburger Gau tag gefassten Beschlusses, den Gau in Bezirke einzuteilen, fanden sich am 23. Oktober außer unsern Mitgliedern auch noch 18 Kollegen vom Ortsverein Rothenburg a. d. T., 4 Kollegen aus Gunzenhausen und ein Kollege aus Windsheim hier ein, um die Gründung des Bezirksvereins Ansbach zu vollziehen. Die ebenfalls verständigten Kollegen der dem Bezirksverein angeschlossenen Orte Dinkelsbühl, Freuchwangen, Neuenbesselsau und Uffenheim waren leider nicht erschienen. In seinen einleitenden Worten hob der Vorsitzende unser Ortsvereins, Kollege Würmdobler, die Bedeutung und den Wert der Bezirksvereine hervor, durch deren Bildung neben der organisatorischen Aufgabe auch eine Neubelebung kollegialer und beruflichen Geistes gewährleistet wird. Darauf trat man in die Beratung eines bereits kommissionell ausgearbeiteten Statutenentwurfs ein; das Statut selbst wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen. Dasselbe enthält u. a. auch die Bestimmung, daß alljährlich im Frühjahr und im Herbst ein Bezirksversammlung stattfinden hat, über deren Tagungsort die jeweils vorhergehende Versammlung entscheidet; als Ort für die nächste Versammlung wurde Burgberndheim bestimmt. Auch die Entrichtung eines Bezirksbeitrags wurde statutarisch bestimmt, er beträgt pro Mitglied und Woche 20 Pf. Dieser Betrag soll insbesondere im Interesse eines regeren Versammlungsbesuchs zu Fahrgeldzuschüssen verwendet werden. Bei der Wahl zur Vorstandskasse war man allgemein der Ansicht, daß wenigstens die Verwaltungsmitglieder der Bezirksvereine stellen soll, da hierdurch ein übersichtlicheres Arbeiten weit eher gewährleistet wird, als wenn die Vorstandsmitglieder auf verschiedene Orte verteilt sind. In die Vorstandskasse des Bezirksvereins wurden die Kollegen Würmdobler als Vorsitzender und Schab als Kassierer gewählt. Bei der Aussprache über die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse in den einzelnen Dörfern wurde von den jeweiligen Kollegen Bericht erstattet über die Anzahl der beschäftigten Gehilfen, der Lehrlinge, der Arbeitzeit und Entlohnung. Die tariflichen Verhältnisse in den Druckereien sind als zufriedenstellend zu bezeichnen. Leider mußte von einzelnen Berichterstattern auch Klage geführt werden über herrschenden Arbeitsmangel, während andererseits ein Fall von Schmutzkonkurrenz konstatiert wurde, der eine scharfe Kritik zollte. Hier Wandel zu schaffen, wird eine der ersten und vornehmsten Aufgaben des neugegründeten Bezirksvereins sein. — Gleichzeitig sei erwähnt, daß auch die Beibringungsorganisation an hiesigen Orte dringlich ist. Es wurde bereits am 3. Oktober eine Versammlung abgehalten, in der sich die Vorstandskasse gebildet hat, die sich aus drei Gehilfen (mit

Kollegen Kuch als Vorsitzendem) und drei Lehrlingen zusammensetzt. Der jungen Organisation gehören sämtliche am Orte befindlichen 16 Lehrlinge an. Mögen die beiden hiesigen Anstalten am Baume unres Verbandes sich zu rechter Hilfe entfalten und erfolgreich und nützlich wirkend wirken zum Wohle und zum Segen unres Gewerbes!

Bremervahren und Umgegend. Zu einer äußerst würdigen und eindrucksvollen Feier gestaltete sich das Jubiläum unserer „Typographia“, die in diesem Jahr auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Viele alte Mitglieder von außerhalb und die zahlreichen Freunde des aufstrebenden Vereins hatten des Ehrentages gedenkt. Mit einem Empfangsabend am 30. Oktober wurde die Feier eingeleitet. Ihm folgte am Morgen des eigentlichen Festtags, 31. Oktober, ein Frühstücken, der die auswärtigen Gäste mit den hiesigen Kollegen vereinte. Die Hauptveranstaltung der Feier war das am Nachmittage des 31. Oktober in der schönen Aula des Realgymnasiums vorgesehene Jubiläumskonzert unter Mitwirkung geschäftiger Soldaten der hiesigen Oper. Vor ausverkaufter Saale konnte die wackere Sängerschaft erneut ihren guten Ruf auf gelanglichem Gebiete befestigen. Das Konzert war ein voller Erfolg. Künstlerisch ausgeführte Drucksachen, die aus einem Wettbewerb des hiesigen Typographischen Vereins hervorgegangen waren, neben der Jubiläumfeier eine würdige Umrahmung. Das inhaltlich und in der äußeren Ausmachung prächtige Festbuch wurde von der „Nordwestdeutschen Zeitung“ hergestellt, die geschmackvolle Künstlerkarte von der „Norddeutschen Volksstimme“, die Niederlegte von der „Provinzial-Zeitung“ und die in ihrer künstlerischen Ausmachung hervorragenden Chronikanten für die Gründer von der Buchdruckerei Otto Kemmler. Sämtliche Drucksachen wurden von den erwähnten Firmen gestiftet. Außerdem überwies der Verlag der „Nordwestdeutschen Zeitung“ dem Niederfonds 300 Mk. und der der „Provinzial-Zeitung“ 150 Mk. Am Abend vereinigte sich der festgebende Verein mit seinen Gästen im Vereinslokal „Lloydhotel“ zu einer stimmungsvollen Feier. Die Größe des geschäftstreibenden Ausschusses vom Nordwestdeutschen Buchdruckerfängerbund überbrachte Kollege Fricke (Samburg), die des „Münsterberg“ (Bremen) Kollege Wokert; der ehemalige Gauvorsitzer vom Nordwest, Kollege Ditscha (Bremen) dankte namens der Auswärtigen für die gütliche Aufnahme, Kollege Litz (Bremervahren) stellte den Dank der Gründer ab. Der Vereinsvorsitzende, Kollege Winkler, stellte allen Erschienenen Dank ab, ging kurz auf markante Erscheinungen im Vereinsleben ein, nahm die Ehrung der anwesenden Gründer vor und gab Kenntnis von den zahlreich eingegangenen Glückwunschkarten und Telegrammen. Es wird für die vielen ehemaligen Mitglieder unserer „Typographia“, die in allen Ecken Deutschlands zu finden sein dürfen, von Interesse sein, zu hören, daß der Verein sich aus kleinen Anfängen heraus zu künstlerischer Höhe entwickelt hat. Die glänzenden Presseerfolge, die dem Jubiläum beifolgt sind, dem langjährigen verdienstvollen Leiter der „Typographia“, Herrn Reallehrer G. P. Meier, gebührt hiervon hervorragender Anteil.

Dorfmund. Am 23. Oktober fand die erste Generalversammlung der Beibringungsabteilung statt, nachdem bereits im September eine allgemeine Eltern- und Beibringungsverammlung vorausgegangen war. Erschienen waren neben einer stattlichen Anzahl Beibringenden auch einige Vertrauensleute hiesiger Druckereien. Der Vorsitzende der Beibringungsabteilung, Kollege Raab, begrüßte die zahlreich Erschienenen. Hierauf richtete unser Bezirks- und Ortsvorsitzender Schippers einige ermahnen Worte an die Beibringende und hob besonders die Rechte und Pflichten derselben hervor, streifte den Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der organisatorischen und tariflichen Entwicklung im Buchdruckergewerbe im besonderen und ermahnte die Beibringende, an den Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen der Beibringungsabteilung regen Anteil zu nehmen. Durch reges Zusammenarbeiten von Beibringenden und Gehilfen werde es möglich sein, die Beibringende zu tüchtigen Gehilfen und vor allem auch zu tüchtigen Verbandskollegen heranzubilden. Diese Worte fanden allgemeinen Beifall. Nachdem die Wahl der Beibringende zum Ausschuss vollzogen war, wurde noch angeregt, für die Beibringungsabteilung eine Bibliothek zu schaffen und der Ortsverein, die Graphische Vereinigung sowie auch die Sparten versprochen, diese Bestrebungen zu unterstützen. Von Seiten der Beibringende wurden noch verschiedene Mängel in hiesigen Druckereien zur Sprache gebracht. Zum Schluß erbat die Beibringende noch, die Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen recht zahlreich zu besuchen und recht tätig zu sein, um zukünftige Veranstaltungen der Beibringungsabteilung recht interessant und reichlich zu gestalten und die Lust aller Beibringende zum Besseren zu haben.

Setze (Hoff.). Die Versammlung am 23. Oktober war von 17 Kollegen besucht. Nach Erstattung des Starfellberichts referierte Kollege Lorenzen (Kiel) über: „Zelt- und Streifenfragen“. Der Referent streifte die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse innerhalb des Gewerbes. Die große Arbeitslosigkeit, veräuferte Arbeitszeit, Betriebsstilllegungen, der Stand der Walfas fanden eingehende Erwähnung. Die Generalversammlung in Nürnberg, Gründung der Beibringungsabteilung und die kommende Tarifrevision fanden volle Würdigung. Die Anträge der Gehilfen, wie auch die Prinzipalsanträge wurden eingehend besprochen. In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Lorenzen die Anwesenden, stets einig zu sein. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine vor trefflichen Ausführungen. Bei der Besprechung über die Beibringungsabteilung wurde Kollege Förs vom Bezirksvorsitzende zum Vorsitzenden der Beibringungsabteilung ernannt. Durch eine Eingabe an das Gewerkschaftsstatut soll erreicht werden, mehr Einfluß in die Berufsberatung zu erhalten. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, einige

Bücher für die Bibliothek anzuschaffen. Dann wurde die überflüssige Verammlung geschlossen. — Am 24. Oktober fand die erste Verammlung der Lehrlingsabteilung des Bezirks Seide hier selbst statt. Es hatte sich eine stattliche Schar junger Kollegen eingestellt. Aus den Orten Sulz am Main, Melsdorf 4, Könnig 1, Weßleben 1, Bühlum 2, Bredstedt 3, Brunsbüttelkoog 1, Wülstler 2 und Seide 7 Wehrlinge erschienen. Bezirksvorstand Herrmann begrüßte die Anwesenden und erteilte alsdann dem Referenten, Kollegen Lorenzen (Seide), das Wort zu seinem Vortrage: „Zweck und Ziele der Lehrlingsabteilung“. Er gab den Anwesenden einen ausführlichen Bericht von den früheren traurigen Verhältnissen unres Gewerbes, wie auch über die Mißwirtschaft auf dem Gebiete des Lehrlingswesens. Alsdann ging der Referent auf die neue Lehrlingsordnung ein und führte die Vorteile den jungen Kollegen vor Augen. Vierteljährlich sollen Verammlungen stattfinden und in diesen sollen technische Vorträge, Druckausstellungen, Besichtigungen von Museen und Druckerien vorgenommen werden. Für den Vorstand des Lehrlingsausschusses wurde Kollege Förs als Vorsitzender ernannt und zwei Wehrlinge gewählt. Kollege Lorenzen ermahnte die jüngeren Kollegen, etwaige Wünsche, Beschwerden an den gewählten Lehrlingsausschuß zu richten. Kollege Förs gab alsdann noch bekannt, daß den Mitgliedern beim Übertritt in den Verband ein Fünftel der geleisteten Beiträge angerechnet werden und schloß mit dem Wunsch, in einigem Zusammenhänge die gute Sache zu fördern. Nach Schluß der Verammlung fand eine Besichtigung der Druckerei des „Seider Anzeigers“ statt.

Neussadt a. d. Sdt. Am 17. Oktober fand eine bemerkenswerte Bezirksversammlung in Bad Dürheim statt, in der Kollege Conrad, unser Gauvorsitzer, über: „Die Lage im Gewerbe und unsere Aufgaben“ sprach. Es war wirklich ein Genuß, dem Redner zu folgen (etwa 15 organisierte Hilfsarbeiterinnen waren von Neustadt mitgemindert und anwesend), wiewohl der Inhalt seiner Ausführungen nicht gerade freudig stimmen konnte. Nach Schluß der Verammlung ging es nach Kallstadt in den „Wingerheller“, wo im gemütlichen Beisammensein und Besang die Zeit rasch verstrich. Es war ein gelungener Tag. Der Gesangsverein „Gutenber“ ist fast zwar noch seinen Sommerurlaub, doch wird er wieder erwachen, denn gerade hier hat sich gezeigt, wie schön es ist, wenn Gesang das blickende Leben verhöht. In die „alten“ Sänger ergießt deshalb die Bitte, sich einzufinden, wenn nächstens der Wechruß erfolgt.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von den Tarifverhandlungen. Die Kommissionen für die Maschinenlehrer- und die Druckerangehörigen haben am 13. November nun auch ihre Arbeiten beendet, die erstere brachte noch bis zum Abend. Die Experten sind wieder abgereist. Die Haupt- und die Redaktionskommissionen gegenseitig nahmen ebenfalls bis weit in die Abendstunden des 13. November hinein eine Durchsicht des Tarifentwurfs vor, unter Ausschluß der noch nicht vorgelegenen Maschinenlehrer- und Druckerbestimmungen. Auch die Primärpaktität legte eine Redaktionskommission in Tätigkeit. Es werden im Plenum am 15. November noch mancherlei Änderungen beantragt werden; von jeder Seite in ihrem Sinne. Der neue Tarif wird paragrafenweise durchgenommen und einer Einzel- wie einer Schlussabstimmung unterzogen. Diese wird erst am 17. November erfolgen. Der ganze Tarif gelangt dann schließ-

nicht in den Organen der Tarifgemeinschaft zum Ausdruck, worauf nach näherer Bestimmung die Urabstimmung erfolgt. Sobald die Tarifverhandlungen abgeschlossen sind, werden wir uns eingehend zu dem Ergebnisse wie zu dem Verlaufe der Beratungen äußern. Vorherige Stellungnahmen sollten ausdrücklich unterbleiben, weil auch nicht möglich, da die wirklichen Entscheidungen erst mit der letzten Sitzung fallen. Am 14. November hat die Verbandsleitung mit den Gehilfen- und Organisationsvertretern bei den Beratungen eingehend zur Situation Stellung genommen und in dieser oder jener Beziehung nochmaliges Vorgehen im Plenum beschlossen.

Nachahmenswerte Beispiele. Aus Anlaß des zehn-jährigen Bestehens der „Burger Neuesten Nachrichten“ zählte der Inhaber der Firma, Herr Ernst Laue, Burg bei Magdeburg, an sein Personal 75 bis 200 Mk., entsprechend der Dauer der Geschäftszugehörigkeit, aus. Auch die Wehrlinge wurden mit 60, 50 und 40 Mk. bedacht. — Die Papierwarenfabrik von Heinrich Ludwig in Sieben-lehn zählte den Verheirateten 100 bis 130 Mk. und den übrigen Arbeitern 50 Mk. zur Karlofestbewältigung aus.

Graphische Fachschule in Dresden. Mit Genehmigung des zuständigen Schulamts ist in Dresden an der 3. städtlichen Fortbildungsschule (Weinligstraße 9) eine Fachschule für die graphischen Berufe eingerichtet worden. In drei aufsteigenden Klassen wird den Wehrlingen Unterricht auf dem Gebiete des sachtechnischen Zeichnens, in Berufs- und Chemikalienkunde, Geschäftskunde, Buchrechnen, Buchführung, Kalkulation usw. unter Berücksichtigung ihres Berufs erteilt. Für Gehilfen, die die Meisterprüfung ablegen wollen, werden besondere Kurse eingerichtet.

Fortbildungsschule und Lohnabzug. Der Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin hat nach einer Mitteilung des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industrien in der Frage, ob bei einer Arbeitszeitverlängerung durch den Besuch der Pflichtfortbildungsschule ein Lohnabzug berechtigt sei, folgenden Entscheid getroffen: „Die durch den Besuch der Pflichtfortbildungsschule verursachte Verlärmnis der Arbeitszeit berechtigt den Arbeitgeber zu einer verhältnismäßigen Minderung des Arbeitslohnes gegenüber jugendlichen Arbeitern. Dies bezieht sich nicht auf Wehrlinge.“ Aus der Begründung des Urteils geht hervor, daß infolge der Verlegung der Fortbildungsschule in die Arbeitszeit, wodurch die jugendlichen Arbeiter jetzt sämtlich an einem bestimmten Tage der Woche fehlen, den Unternehmern das Recht eines Lohnabzuges zuerkannt worden ist. Mit Bezug auf die Wehrlinge jedoch vertrat der Schlichtungsausschuß den Standpunkt, daß der Arbeitgeber ihnen gegenüber grundsätzlich zur Unterweisung verpflichtet ist und durch diese Unterweisung ohne ein großer Teil der Arbeitszeit in Anspruch genommen werde. Weiter sei zu berücksichtigen, daß der Wehrling in erster Linie zum Zweck seiner eignen Ausbildung im Betriebe des Lehrherrn arbeite. Wenn nun ein Teil der dem Lehrherrn vom Arbeitgeber zu erteilenden Unterweisungen durch die Fachschule erfolgt, so werde dem Arbeitgeber die Mühe der Unterweisung teilweise abgenommen, teils erleichtert. Auch sei die Vergütung des Lehrherrns keine Entlohnung im eigentlichen Sinne.

Erträge der Reichsteuern. Die Prüfung der zweiten dem Reichstage zugegangenen Denkschrift über den Stand der Veranlagung und Erhebung der Reichsteuern ergibt, daß in den einzelnen Landesteilen auf dem Gebiete der Erhebung der Steuern schon große Arbeit geleistet worden ist. Es bleibt aber zu berücksichtigen, daß die Reichsfinanzverwaltung noch im Ausbau begriffen ist und ihre volle Leistungsfähigkeit bisher noch nicht erlangt hat. Besonders durch die völlige Umgestaltung der bisherigen Finanzbehörden der Länder wurde das Veranlagungs- und Erhebungsgeschäft naturgemäß ungünstig beeinflusst.

Am günstigsten ist das Ergebnis bei den Stempelsteuern, deren Einnahmen teilweise schon jetzt die im Haushalts 1920 angelegten Summen erreicht oder überstiegen haben. Während aber die Stempelabgaben durch sofortige Barzahlung oder Entwertung der Stempelmarken in die Reichskasse fließen, hat bei den direkten Steuern der Steuerpflichtige zunächst Zeit für die Abgabe der Steuererklärung bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist. Vielfach wird diese noch auf besonderen Antrag verlängert. Die Veranlagung selbst kann zumest erst nach umständlichen, zeitraubenden Ermittlungen vorgenommen werden. Daher kommt es, daß die Erträge aus den direkten Steuern bisher ein weniger günstiges Bild geben. Es zeigt sich aber auch bereits bei den direkten Steuern, daß die Einnahmehöhe von Monat zu Monat im Steigen begriffen sind und sich zum Teil prunghaft bei den Steuern heben, deren Veranlagung wie bei der Kriegsteuer 1919 durchgeführt ist oder kurz vor dem Abschluß steht. Im besonderen gibt die Einkommensteuer kein aufreißendes Bild von ihrer Ertragsfähigkeit, da die erstmalige ordnungsmäßige Veranlagung dieser Steuer erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 erfolgen kann. Aberrachend günstig ist das Ergebnis bei der Umsatzsteuer. Jedoch sind auch bei dieser Steuer die ersten größeren Einnahmen aus der Umsatzsteuerveranlagung noch zu erwarten. Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage des Reiches muß in weiterem Umfang auf eine energische Einleitung der vorgeschriebenen Steuern Bedacht genommen werden, um die gewaltigen Gebelbträge des Haushaltes decken zu können.

Briefkasten

M. O. in Weingörde: Der Artikel kürzigt sich nunmehr, da durch Schluß des Tarifausschusses in seiner letzten Sitzung die Anknüpfungssfrist für Berlin arbeiten auf eine Woche festgelegt worden ist. Die bisherige Frist von drei Tagen verliert nicht gegen die Bestimmungen des § 12 der Demobilisationsverordnung vom 12. Februar 1920, da diese nicht zwingendes Recht sind. Das geht hervor aus einem Bescheide des Reichsarbeitsministeriums an das Reichamt für Arbeit und Beschäftigung vom 26. Oktober d. J. womit die Verbundbescheidenerklärung eines Schlichtungsbeschlusses des Schlichtungsausschusses Stuttgart in einem solchen Streitfall abgelehnt wurde. Der Schlichtungsausschuß Hannover hat am 31. Juli d. J. erkannt, daß die von Ihnen angeforderte tarifliche Bestimmung zu Recht besteht. Die Schlichtungsausschüsse haben also, da auch noch andere Orte anzuführen wären, nicht durchweg den Standpunkt angenommen, wie Sie durch Erwähnung in dem Bescheide bezeugen. Die Frage ist aber, wie ich es erwähnt, nun gegenstandslos geworden. — G. W. in Pöhlitz: Obwohl Ihr hartes Urteil über die „hohen Zuchdruckeröhre“ mit dem unfrigen übereinstimmt, können wir in Ihrer Einleitung doch kein beweiskräftiges Argument erkennen. Bei dem Aufschlage der „Schlummermutter“ haben sie nämlich vergessen, die bisherige Grundlage anzugeben. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß auch die angeführte Null noch nicht das ergibt, was man braucht; also abgelehnt. — A. Z. in Arosnach: Der Artikel in Sie 16 dem ich demgemäß mit Ihrem Bescheide. Es ist durch Rede und Gegenrede das Thema, das an und für sich immer strebungen etwas ferner liegt, vorläufig genügend geklärt, weshalb wir auf ein Weiterführen dieses Gebens verzichten müssen. — A. S. in G.: Ihre „Dreilebigergedanken“ bewegen sich in einem zu einseitigen theoretischen Winkel. Was Dr. Steiner als sein System der Dreilebiger in den „Sonder“ bringt, ist in Wirklichkeit nur eine epigonische Verfeinerung fast Nahrung und Fehlgang des Stempels aus Befehl und damit auch um die ewigen Wehrleibere. Profane, Kahl, Fische, Engel, Marx, Engels usw. würden sich im Grade umbrechen, wenn sie wüßten, wie hier ihre Lehren „verborgen“ werden, um ein dreilebigeres System nach der Art phantastischer Verkaufserklärung aufzubauen. Wir raten Ihnen dringend, sich diesem konfuse Formelreize zu entziehen. Die Leser des „Korr.“ aber möchten wir vor dieser Art geistiger Koffi unter allen Umständen bewahren; daher abgelehnt! — A. Z. in Nr. 9 Mk.

Verammlungskalender

- Chemnitz. Maschinenmeisterverammlung Sonnabend, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Engel“, Sldopauer Straße 1a.
- Essen. Bezirksverammlung nicht Bußtag, sondern Sonntag, den 21. November, vormittags 10 Uhr, im „Stadthaus“, am Markt, Saldinstraße.
- München. Maschinenmeisterverammlung Montag, den 22. November, abends 7 Uhr, im „Bürgerbräu“, Tal 75.

Gesangverein „Gutenberg“ Leipzig
Am Sonntag, dem 21. November, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Seiber Straße:
Wohltätigkeitskonzert
zum Besten unserer invaliden Kollegen
unter Mitwirkung von Bräulein Gertrud Kühner (Städtische Oper). Der gesamte Reinertrag wird dem Gauvorstand zur Verteilung überwiesen.
Die Not der Zeit fällt schwer auf allen Kollegen, am empfindlichsten aber werden unsere Berufsinvaliden davon betroffen. Ihre geringfügige Unterbringung reicht zur Fernhaltung der schlimmsten Bedrohungen nicht aus. Die Wehrlinger Kollegenhilfe, deren Dpfermilch sich schon so oft erprobt, eht ihre allen gemeinlichlichen Kämpfer und ihr selbst, wenn sie den guten Zweck unserer Verammlung durch allseitige Beteiligung unterstützt. Wir bitten eindringlich um die Erfüllung dieser Ehrenpflicht.
Der Vorstand.

Brieflicher Kalkulationsunterricht
in Deutschachen wird streng nach Tarif erteilt. Auch werden Druckfachsachkalkulationen sofort und diskret ausgeführt. [508]
Kalkulationsbureau Valentin Arbogast, Freiburg i. Br., Schwarzwaldstraße 91.

Zur untre Zeitung „Volkswacht“ suchen wir sofort einen tüchtigen, kosten
Linotypefeger
(Ideal mit langjähriger Praxis. Wegen Wohnungsmangels möglichst unverheiratet. Gek. Offerten erbeten an [513]
Verbandsdrucker O. v. b. S., Frler, Nagelstraße 10.

Linotypefeger
mit 15jähriger Praxis, firm an allen Maschinensystemen, sucht leikende Stellung oder als Stütze des Chefs oder Faktors (möglichst Berlin oder Umgebung). Off. unter Nr. 514 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Erster Maschinenfeger
(Kunstgewerber), jüngere Kraft, für modernsten Anzeigensatz, vornehmer Werke als
Korrektor
nach Berlin gesucht. Angebote mit näheren Angaben unter Nr. 516 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zum 29. November suchen wir für Multi-Obel einen tüchtigen, ledigen
Linotypefeger
(Tag- und Nachtschicht). [512]
G. W. Anders, Zeitungsverlag, Anna 1. W.

Monolinefeger
lediger, perlester, gewandt auch im Hand- sabb, für sofort oder später gesucht. [507]
„Solzmlindener Kreisblatt“, Solzmlinden.

Linotypefeger
in fauberes Arbeiten gewöhnter
Maschinenmeister
für Autotypie- und Farbendruck sofort gesucht. Angebote mit Druckmustern und Zeugnissen an das [515]
„Kreisblatt“, Reustadt (Orla).

Welche Druckerlei lernst, sie freiamen
Maschinenmeister
26 Jahre alt, an Notations- oder ander Spezialmaschine zwecks dauernder Erlö- lung an die Werke Angebotsunter O. F. 17 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Leisfadenn zum Aufbau der Zurückung in allen Druckarten auf Schnellpresse, Tiegell, geb. poplr. 3, 20 Mk. [511]
Anstellung des Universal- Bogendruckers auf alle Papierarten, poplr. 2, 30 Mk. b. Vorausz.

Werkzeuge für Drucker
preiswert vom Selbsthersteller. Vereme erhalten Rabell. Preisliste poplr. [511]
W. Rauch, Stuttgart, Neuenholzer- straße 9. Postfachkonto 15612. 1445
Einzahlungen an den „Korr.“-Spendekonto für Verbandsdrucker auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61323

Buchdrucker- ei
An- und Verkaufvermittlung, Entlasten, Einziehungen, Teilhaber usw. Strengste Verschwiegenheit. [473]
Gustav Diehl, Stuttgart, Ludwigsstr. 96 (Ferienprocher 2101).

Maschinenband
Friedensqualität, liefern [349]
Beyer & Blaff, Düsseldorf, Grae-Adolf-Straße 112.

Typographie!
Summalfache zur Wasserführung. Franz Wälzli, Stuttgart-Gatzburg.

Schlips- u. Verbandsnädeln
Graphische Werkzeuge
Werkzeughästen persichlichbar sow. [511]
in allen Maschinen, u. Scher empf. l. best. Qual. Kollege Max Wölgel, Leipzig-Görlitz, Papiermühlstr. 511. Preisliste gratis. 1463

Werkzeuge für Sefer
Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker O. v. b. S., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelg. 10). Postfachkonto 53430.
Bel 2. heftsmärkte, sowie kleineren Anzeigen von den Interessen der Postverparnis wegen den Bezugspreis mit beifügen; bei Bezügen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtmotgeld. Geschäftsstelle des „Korr.“